

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
Kapitel 1: Gesetzliche Grundlagen der ehrenamtlichen Tätigkeit in einer IHK	13
I. Analyse anhand des IHKG Bund	15
1. Analyse des Normtextes	15
2. Normgenese und Normzweck	17
3. Ehrenamtsspezifische Aussagen historischer Handelskammergesetze	22
4. Zwischenergebnis zum IHKG Bund	26
II. Analyse der Landes-IHKG	27
1. IHKG Schleswig-Holstein	27
2. Zwischenergebnis Landes-IHKG	29
III. Analyse anderer Gesetze: Berufsbildungsgesetz	30
1. Ehrenamtliche Tätigkeit als Prüfer nach § 40 Abs. 4 BBiG	30
2. Ehrenamtliche Tätigkeit im Berufsbildungsausschuss nach § 77 Abs. 3 BBiG	31
3. Zwischenergebnis Berufsbildungsgesetz	31
IV. Ergebnis zur Frage der Ehrenamtlichkeit als solcher	32
V. Folgen für die normative Verortung der „Unentgeltlichkeit“ im IHKG	32
1. Keine ausdrückliche gesetzliche Regelung zur Satzungsgewalt	33
2. Herleitung der Satzungskompetenz aus dem Normgefüge	34
a) Satzungskompetenz als Kernelement des Körperschaftsstatus	34
b) Satzungskompetenz als von anderen IHKG-Normen vorausgesetzter Befund	36
3. Tatsächliche Nutzung des Satzungsrechts zur Regelung der Ehrenamtlichkeit	37
4. Zwischenergebnis zur normativen Verortung	38
VI. Zusammenfassung zu Kapitel 1	38

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 2: Zulässigkeit der satzungsrechtlichen Regelungsebene	40
I. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes im Bereich der funktionalen Selbstverwaltung	41
1. Geltung des Grundsatzes vom Vorrang des Gesetzes	41
2. Geltung des Grundssatzes vom Vorbehalt des Gesetzes	43
a) Die Relevanz der demokratischen Fundamentierung des Gesetzesvorbehalts für die Grenzen der Satzungsautonomie	43
b) Die Relevanz der rechtsstaatlich-grundrechtlichen Fundamentierung des Gesetzesvorbehalts (Wesentlichkeitstheorie) für die Grenzen der Satzungsautonomie	45
aa) Keine Wesentlichkeit der Regelungen zur Ehrenamtlichkeit und Unentgeltlichkeit als solcher	46
bb) Wesentlichkeit der Regelungen zur Aufwandsentschädigung	48
(1) Entschädigungsregeln als Problem der pflichtmitgliedschaftlichen Beitragsfinanzierung	48
(2) Entschädigungsregeln als Voraussetzung qualifizierter Aufgabenerfüllung	51
II. Zusammenfassung zu Kapitel 2	53
Kapitel 3: Notwendigkeit der satzungsrechtlichen Regelungsebene	55
I. Kein ausdrücklicher Satzungsvorbehalt im IHKG	55
II. Satzungsvorbehalt als Konsequenz des nur eingeschränkt geltenden Gesetzesvorbehalts	57
III. Exkurs: Vergleichbare Struktur im Recht der Handwerkskammern	63
IV. Zusammenfassung zu Kapitel 3	64
Kapitel 4: Rechtlich ableitbare Begrenzungen zulässiger Aufwandsentschädigung	66
I. Erneute Klarstellung des „Zwecks der Ermächtigung“	66

II. Satzungsrechtliche Begrenzung durch das „schlechterdings Unvertretbare oder Unverhältnismäßige“	67
1. Aus dem Begriff der „Ehrenamtlichkeit“ abzuleitende immanente Begrenzungen	67
2. Aufwandsentschädigung als Ersatzleistung für entstandene Ausgaben und Kosten	68
a) Tatsächlich angefallene bare Auslagen	69
b) Pauschalierung der Auslagen	71
c) Realleistungen statt Auslagenersatz	79
3. Kompensationsleistungen für Zeitaufwand	81
a) Tatsächlich eingetretener konkreter Verdienstausfall	81
b) Pauschalierung des Zeitaufwands	83
c) Abgrenzung des pauschalierten Verdienstausfalls zur pauschalierten Aufwandsentschädigung	84
d) Keine Erstattung des Verdienstausfalls nach § 85 Landes-VwVfG	86
aa) Anwendbarkeit des jeweiligen LVwVfG	87
bb) Problematik der „Mitwirkung im Verwaltungsverfahren“	87
cc) Sperrwirkung des § 12 IHKG	89
4. Keine verkappte Entlohnung oder Alimentation	93
a) Allgemeines Entlohnungs- oder Alimentationsverbot	93
b) Insbesondere: Unzulässigkeit der Gewährung einer Altersversorgung	94
c) Abgrenzungsproblem zwischen pauschaliertem Verdienstausfall und „verkappter“ Bezahlung	97
III. Haushälterische Begrenzung durch den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	98
1. Kammspezifische Bewertungen	99
2. Bewertungen außerhalb des Kammerrechts	103
IV. Bewertung der derzeitigen IHK-Satzungen	103
a) Gänzlich fehlende Regelungen zur Aufwandsentschädigung in 53 Satzungen	104
b) Fehlende Regelungen für das Präsidium in 15 Satzungen	106
V. Zusammenfassung zu Kapitel 4	106

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	110
Kapitel 1: Gesetzliche Grundlagen der ehrenamtlichen Tätigkeit in einer IHK	110
Kapitel 2: Zulässigkeit der satzungsrechtlichen Regelungsebene	110
Kapitel 3: Notwendigkeit der satzungsrechtlichen Regelungsebene	111
Kapitel 4: Rechtlich ableitbare Begrenzungen zulässiger Aufwandsentschädigung	112